

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Garbe und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 11/878 —

Bericht der Bundesregierung zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (2. INK) vom 21. September 1987

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Respektierung der Internationalen Konventionen und der EG-Vogelschutzrichtlinie, auf den Bau des Dollarthafens zu verzichten und damit der vom Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments am 12. Februar 1987 beschlossenen gleichlautenden Aufforderung an die Regierungen der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeslandes Niedersachsen Folge zu leisten.

Die für den Dollarthafen vorgesehenen Gelder sollen statt dessen für umweltpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Im Emdener Hafen sollte eine Entsorgungseinrichtung für Schiffsmüll aller Art nach modernsten Gesichtspunkten geschaffen werden.

Bonn, den 4. November 1987

Frau Garbe
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

1. Das Dollarhafenprojekt ist in der vorliegenden Fassung ohne jeden erkennbaren ökonomischen Wert. Weder löst es die durch Strukturprobleme im Hinterland eingetretenen ökonomischen Strukturprobleme der Region Emden, noch hält die Kosten-Nutzen-Berechnung als Einzelprojekt einer genauen Prüfung stand.
2. Ein ökologischer Nutzen ist ebenfalls nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die großflächige Naturschädigung bleibt selbst dann irreparabel, wenn großzügige ökologische Ausgleichsmaßnahmen getroffen würden. Außerdem würden diese Ausgleichsmaßnahmen im Vergleich zum Ist-Zustand des Gebietes derartige ökonomische Kosten verursachen, daß sie unter wirtschaftsökologischen Gesichtspunkten unverantwortbar wären.
3. An der Nordseeküste stehen Tiefwasserhäfen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Alle diese Häfen sind nicht ausgelastet. So liegt z. B. nur 10 km von Emden entfernt der neugebaute Hafen von Delfzijl, der sich als völlige Fehlinvestition erwiesen hat.
4. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein Beschäftigungsprogramm für die Küstenregion vorgelegt, in dem eine Neuorientierung für Umwelt- und Strukturpolitik gefordert wird. Hierbei geht auch der DGB davon aus, daß Umweltzerstörung und Massenarbeitslosigkeit gleiche Ursachen haben.
5. Der Dollart gehört zu den wenigen teilweise erhaltenen großflächigen Brackwasserzonen in Nordwesteuropa. Das Gebiet des Dollart fällt unter die Schutzbestimmungen der internationalen Konventionen von Ramsar, Bern und Bonn, unter die EG-Vogelschutzrichtlinie und die Joint Declaration. Der Bau des Dollarhafens würde große Teile dieses Naturschutzgebietes von internationaler Bedeutung vernichten – und das für die Schaffung von wenigen und unsicheren Arbeitsplätzen.

Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, daß der Bau des Dollarhafens im Widerspruch zu den genannten internationalen Abkommen und EG-Richtlinien steht.